

Aktuelle Diskussionen zur Geschichte der Kommunistischen Partei Chiles

Helma Chrenko

Die Kommunistische Partei Chiles ist eine der ältesten kommunistischen Parteien der Welt. 1912 als Sozialistische Arbeiterpartei durch einen der bedeutendsten Arbeiterführer des lateinamerikanischen Kontinents, Luis Emilio Recabarren, gegründet, entstand sie, wie einige Historiker der Partei in Betonung der Kontinuität ihrer Entwicklung meinen, noch vor der Oktoberrevolution in Rußland, obgleich sie erst 1922 ihren Namen änderte. Sie hat während ihrer Entwicklung verschiedenartige und dramatische Erfahrungen durchlebt, Perioden der Illegalität und Verfolgung ebenso wie Regierungsbeteiligungen, breite Bündnisse und Zeiten sektiererischer Isolation, innere Auseinandersetzungen, Brüche und Kontinuitäten. Ihre bedeutende Rolle in der politischen Geschichte Chiles im vergangenen Jahrhundert wird von vielen nichtkommunistischen Historikern und Essayisten bestätigt, wenn auch natürlich mit unterschiedlichen Bewertungen. Aus ihren Reihen sind Generationen von politischen und sozialen Führern hervorgegangen. Sie hat einen tiefen und umfassenden Einfluß auf die Entwicklung der Kultur ihres Landes genommen. Lange Zeit galt sie in Lateinamerika als die am tiefsten im Volke verwurzelte Partei.

Systematische wissenschaftliche Reflexionen dieser Entwicklung über ein ganzes Jahrhundert hin sind jedoch spärlich, insbesondere von Historikern der Partei selbst. Es überwiegen Formen wie Lebenserinnerungen, persönliche Zeugnisse, biographische Skizzen, Reportagen und eine umfangreiche kommunistische Presse. In gewissem Grade bestätigt dieser Tatbestand die von einigen Analysten vorgebrachte Meinung, daß in der Entwicklung der Partei der praktischen Erfahrung, manchmal geradezu der „Intuition“, stets größere Bedeutung als der theoretischen Reflexion beigemessen wurde, letztere sogar insbesondere zu problemgeladenen Fragen nicht sehr erwünscht war. Dieser Umgang mit der eigenen Geschichte förderte auch die Mythenbildung um bestimmte Führer und vermied eine (selbst)kritische Auseinandersetzung mit Problemen.

Der Bruch im Leben der chilenischen Nation, der mit dem faschistischen Putsch vom 11. September 1973 eingeleitet wurde – ein radikaler Bruch mit ihrer politischen Tradition, ihrem sozialen Gefüge, ihrer Wirtschaftsentwicklung, ihrer Lebensweise und Kultur, ihrem mehrheitlich geteilten Werteverständnis, ihrem Verhältnis zu anderen Nationen –, hinterließ am Ende der Diktaturperiode ein anderes Land, in dem sich die kommunistische Partei heute ausgegrenzt und

weitgehend isoliert sieht, ähnlich wie viele andere kommunistischen Parteien des Kontinents. Zusammen mit den tiefen Umbrüchen auf internationalem Gebiet gewinnt die Suche nach der konzeptionellen Bewältigung dieser neuen Situation für die KP erstrangige Bedeutung, wenn sie ihre Rolle in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen um Demokratie und soziale Gerechtigkeit zurückerobert will. In den letzten Jahren sind Bestrebungen deutlich, auch die eigene Geschichte genauer zu befragen und tiefer zu interpretieren. So fand 1999 in Santiago dazu ein Seminar statt, veranstaltet vom Zentrum für nationale Studien über alternative Entwicklung (CENDA) und dem der KP nahestehenden Wissenschaftlichen Institut „Alejandro Lipschutz“ (ICAL), dessen interessante Ergebnisse im April 2000 in einer von Manuel Loyola und Jorge Rojas editierten Zusammenstellung, mit einem Vorwort von Hernán Soto, erschienen sind¹. Leider sind diese Bemühungen bisher nicht unmittelbar fortgesetzt worden.

Das umfangreiche Hauptreferat von Jorge Rojas unternimmt den Versuch, die Parteigeschichte zu periodisieren und jeweils hervortretende Grundprobleme zu benennen, es untersucht die Beziehungen der Partei zur internationalen kommunistischen Bewegung und umreißt verschiedene Seiten der inneren Entwicklung, der Kultur und der Soziologie des chilenischen Kommunismus. Es gibt außerdem einen wertvollen Überblick über bisher erschienene Untersuchungen, Darstellungen und Quellen zur Geschichte der KP Chiles. Themen der einzelnen Beiträge zum Seminar sind die Rolle und das politische Gedankengut Recabarrens, die Sicht der chilenischen Kommunisten und anderer politischer Strömungen auf Sowjetrußland in den 20er und 30er Jahren, die Auseinandersetzungen mit der „Kommunistischen Linken“ 1928-1936, die zum Ausschluß dieser Gruppe führten, die Einflußnahme der Kommunistischen Internationale auf die KP Chiles, besonders aber jene Perioden der konzeptionellen und praktischen Entwicklung, die zur Politik der Volkseinheit, der Unidad Popular, hinführten.

Nicht nur als historischer Bezug sind die Periode der Allende-Regierung, ihre Vorgeschichte und ihre Herausforderungen an die Linke von größter Bedeutung, weit über Chile hinaus. Über die Erfahrungen mit der Unidad Popular nachzudenken dürfte für die Linke lebenswichtig sein zu einem Zeitpunkt, da in Lateinamerika neue Volkskämpfe aufgebrochen sind, die Linke sich neu ordnet und Regierungen entstanden sind, die Alternativen zum neoliberalen Modell anstreben und sich auf die Volksinteressen orientieren. Diese Regierungen sind aber auch mit schwierigsten ökonomischen und sozialen Problemen konfrontiert, stehen zugleich unter einem hohen Erwartungsdruck der unteren Schichten und den kritisch beobachtenden Blicken bestimmter Teile der Linkskräfte, und - nicht zu vergessen - sehen sich der Destabilisierungspolitik der äußeren Gegner, besonders der USA-Regierung, gegenüber.

¹ Manuel Loyola T./Jorge Rojas F. (Hrsg.): Por un Rojo Amanecer. Hacia una historia de los comunistas chilenos. o.O. 2000.

Von besonderem Interesse für die Auseinandersetzung mit eigenen Defiziten und neuen Denkansätzen dürfte für die lateinamerikanische Linke (und nicht nur sie) eine Kontroverse sein, die aus den Materialien des oben genannten Seminars zur Geschichte der KP Chiles abzulesen ist. Sie entwickelte sich um die These des Historikers Luis Corvalán M. von der Universität Santiago de Chile (nicht zu verwechseln mit dem langjährigen Generalsekretär der KP Chiles Luis Corvalán L.) über Spannungen, Nichtübereinstimmungen zwischen Theorie und politischer Praxis in der Kommunistischen Partei in den 60er und 70er Jahren².

Während die KP in ihren theoretischen Positionen seit den 20er Jahren weitgehend einem orthodoxen marxistisch-leninistischen Verständnis verhaftet blieb (die allgemeinen Gesetze des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, die Diktatur des Proletariats, der revolutionäre Weltprozeß mit der Sowjetunion als Zentrum und Orientierungspunkt), offenbarte ihre Praxis, sagt Corvalán, mit Ausnahme des Festhaltens an der zentralistischen Konzeption der Partei mindestens seit den 50er Jahren in der Realität keine volle Übereinstimmung damit, sondern war von einer Art „erleuchtetem Pragmatismus“ gekennzeichnet, der die nationale Wirklichkeit zur Grundlage hatte und voll berücksichtigte. Hauptmerkmale ihrer dabei zutage tretenden Sozialismuskonzeption waren der „gradualistische Charakter“, wie Corvalán sagt (der Sozialismus als Ergebnis einer langen Entwicklung über Zwischenstufen), und die Orientierung, ohne institutionellen Bruch, auf der Basis sozialer und politischer Mehrheiten, hauptsächlich als Aktion innerhalb des Staates und der bestehenden Gesellschaft den Übergang in eine neue Realität zu schaffen (wir erinnern uns an die ausgedehnten Diskussionen über „Reform und Revolution“ unter marxistischen Theoretikern Westeuropas in den 60er und 70er Jahren). Der Bruch mit den Institutionen, sagt der Historiker, blieb zumindest „auf eine unbestimmte Zukunft vertagt“. Diese in der politischen Praxis erkennbare Konzeption, die Corvalán als wirkliche Innovation ansieht, versuchte die KP durch zwei Argumente mit der orthodoxen Theorie zu versöhnen, die aber nicht kohärent waren:

„Das erste (dieser Argumente) bestand darin, daß die allgemeinen Gesetze, die den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus regierten, nach ihrem Inhalt universell, nach ihrer Form aber national seien. Es war daher notwendig, die Besonderheiten aufzudecken, in denen sich jene in unserer konkreten Situation manifestierten. Diese These ermöglichte auch einen gewissen Spielraum, jene als Dogmatiker zu bezeichnen, die wie die sogenannte Ultralinke die Theorie buchstabengetreu anwenden wollten.

Das zweite Argument war elementarer. Es erklärte einfach, daß die Probleme konkret und praktisch seien und daß man folglich nicht ins Theoretisieren verfallen dürfe.

² Luis Corvalán M.: Las tensiones entre la teoría y la práctica en el Partido Comunista en los años 60 y 70, a.a.O., S. 227-244. Alle folgenden Zitate und Bezüge auf Dokumente sind in dem Beitrag mit ihren Quellen belegt, auf die wir hier verzichten.

Zur gegebenen Zeit würde die Praxis eine angemessene Antwort auf bestimmte Fragen erteilen, die vor allem aus einer abstrakten Reflexion erwüchsen.”

Die Niederlage von 1973 führte jedoch zu grundlegenden Umorientierungen, mit denen die Partei mit ihrer politischen Praxis wieder voll auf die theoretische Orthodoxie einschwenkte.

Corvalán belegt seine These mit einer Reihe von Schnittpunkten in der Entwicklung der KPCh.

Erstens die Haltung der Partei gegenüber dem Gesetz zur Verteidigung der Demokratie 1948, das sie außerhalb der legalen Ordnung stellte und die Demokratisierungstendenzen in der chilenischen Gesellschaft unterbrach. Gegenüber dieser Situation bildeten sich zwei Positionen in der KP heraus. Die vom damaligen Generalsekretär Galo González vertretene, die sich durchsetzte, beharrte darauf, den Kampf um die Legalität und die Redemokratisierung des politischen Systems aufzunehmen und innerhalb dieses Rahmens zu handeln, gestützt auf breite Volksallianzen unter Führung der Arbeiter. Dieses Herangehen fand schließlich in der Politik der Front der Nationalen Befreiung seinen Ausdruck, die in die Front des Volkes mündete, den Vorläufer der FRAP (der von SP und KP getragenen Front der Volksaktion) und später der Unidad Popular. Dagegen stand die Vorstellung des damaligen Organisationssekretärs, außerhalb und gegen die institutionelle Ordnung zu kämpfen und dabei alle Kampfformen zu nutzen, einschließlich des bewaffneten Kampfes. Die Hauptvertreter dieser Konzeption wurden später aus der Partei ausgeschlossen.

Zweitens führt Corvalán die Orientierung des X. Parteitages (1956) an, daß in Chile grundlegende Umgestaltungen auf friedlichem Wege möglich seien, ausgehend von demokratischen Transformationen des Staates. Man sprach nicht von der Zerstörung des bürgerlichen Staates, sondern von seiner Demokratisierung und schrittweisen Veränderung durch die Einflußnahme der Volksbewegung. In diesem Zusammenhang wurde das Ziel gestellt, die Mehrheit der Nation gegen die Oligarchie und den Imperialismus zu einigen. Die Formierung sozialer und politischer Mehrheiten, die Herausbildung eines nationalen Subjekts mit Volkscharakter und die Beziehungen zwischen Demokratisierung und Sozialismus waren Themen dieses Parteitages. In diesen praktischen Schlußfolgerungen - nicht in der Theorie - stimmte die KP mit der Intuition Salvador Allendes überein, die später als der „chilenische Weg zum Sozialismus“ bekannt wurde.

Ein drittes Anzeichen sieht Corvalán M. in der Position der KPCh zur kubanischen Revolution, die sie von Anfang an solidarisch unterstützte, aber deren Strategie sie niemals als verallgemeinerbar für den ganzen Kontinent ansah, übrigens im Unterschied zur Sozialistischen Partei in dieser Zeit. Als die besonderen nationalen Bedingungen Chiles, die einen friedlichen Weg über Wahlen und die Demokratisierung des Staates ermöglichen würden, nannte Luis Corvalán (der Generalsekretär) in einer Arbeit von 1963 die Existenz der FRAP als politische

Front, die Existenz eines Wahlsystems, das es gestatte, unter dem Druck von Massenmobilisierungen in den Präsidentenwahlen eine Volksregierung ins Amt zu bringen, und den Veränderungswillen einer Mehrheit der Nation, die ihre Hoffnungen gerade auf die Erringung einer Volksregierung auf friedlichem Wege setzte; dazu die politischen Traditionen des Landes, den Entwicklungsstand der bürgerlichen Demokratie und die Bereitschaft des Volkes zur Verteidigung und Ausweitung der demokratischen Freiheiten im Widerstand gegen antidemokratische und putschistische Absichten der Ultrarechten.

Mit diesen Positionen stand die KP gegen die Sozialistische Partei und den MIR, die einen bewaffneten Weg im Rahmen einer kontinentalen Revolution vertraten. Das wichtigste Ergebnis dieser Linie der Kommunisten war die Unidad Popular und die Eroberung der Regierung 1970 unter Präsident Allende, deren Programm die sozialistische Perspektive ohne institutionellen Bruch, unter Erhaltung aller öffentlichen Freiheiten und in einer pluralistischen Gesellschaft mit Mehrparteiensystem vorsah.

Diese Konzeption vertrat die KP auch unter der Regierung Allende, so auf ihrem Novemberplenar 1970, als sie von der Möglichkeit einer institutionellen Transformation des Staates unter Nutzung der Verfassung, mit dem Mittel des Plebiszits und notfalls durch Parlamentsneuwahlen ausging, immer im Rahmen einer pluralistischen Gesellschaft. Dabei war klar, daß der politische Wandel auf legalem Wege mit der Umgestaltung der ökonomischen und sozialen Struktur verbunden werden mußte. Die KP setzte dabei als Notwendigkeit voraus, mit der Christdemokratie Vereinbarungen zu treffen, um die putschistische Rechte zu isolieren.

Zum Verhältnis von Ökonomie und Politik zeichnet sich ab, daß die KP der Ökonomie augenscheinlich den Vorrang vor der Politik gab. Eine funktionierende Wirtschaft sah sie als Voraussetzung dafür an, eine Mehrheit der Nation für die Umgestaltungen zu gewinnen. 1971 rief die Kommunistische Partei zur „Schlacht für die Produktion“ auf, zur Bekämpfung von Korruption und Vergeudung in den staatlichen Betrieben und Institutionen. Die Sicherung der Effizienz in der gesamten Arbeit der Regierung war in ihren Augen keine technische, sondern eine politische Frage, Bedingung für den Erfolg ihrer Strategie bei der Formierung sozialer und politischer Mehrheiten.

In diese Linie, die in der Politik der KP unter der Allende-Regierung erkennbar ist, gehörte auch die Forderung, die strukturellen Transformationen der ersten Zeit politisch zu konsolidieren, bevor man weitergehende Schritte unternehmen konnte. Diese Forderung vertrat die Nationalkonferenz der KPCh im November 1971, die vor allem die Verständigung mit der Christdemokratischen Partei (PDC), zumindest in einigen Fragen, für notwendig erachtete, um eine Destabilisierung des institutionellen Systems zu verhindern, die weitere Polarisierung im Lande zu vermeiden und der Rechten das Wasser abzugraben. Der Bericht von Orlando Millas auf dieser Konferenz unterstützte ausdrücklich den von Allende angestrebten Dialog

mit der PDC, „ohne ideologische oder politische Zugeständnisse weder der einen noch der anderen Seite, sondern im Sinne eines zivilisierten Zusammenlebens und zur Beratung demokratischer Lösungen“, ausgehend von der Erkenntnis, daß es nicht möglich war, grundlegende Veränderungen gegen den Willen der (politischen) Mehrheit der Bevölkerung voranzutreiben.

Der Beratung der UP-Parteien in Lo Curro im Juli 1972 lag gerade diese Entscheidungsfrage „konsolidieren oder weiter vorantreiben“ zugrunde. Während die SP damals auf die entscheidende Klassenkonfrontation hinarbeiten wollte, die sich mit größter Wahrscheinlichkeit in gewaltsamen Formen entwickeln würde, lief die Orientierung der KP weiter auf das Zustandekommen eines nationalen Konsenses hinaus. Dem sollten Berichtigungen in der ökonomischen Leitung dienen, vor allem aber der Dialog mit der Christdemokratie, um die gesetzlichen Grundlagen für den de facto bereits existierenden Sektor des gesellschaftlichen Eigentums zu stärken. In der sich entwickelnden Debatte darüber unterstützte die KP den Präsidenten, der in einigen Fragen den Forderungen der Christdemokratischen Partei nachkommen wollte: Es ging um die Vorstellung, Betriebe in das Eigentum der Belegschaften zu überführen statt zu verstaatlichen, sowie die Forderung, nach der Verstaatlichung von 80 großen Monopolbetrieben in der ersten Phase jede weitere Überführung von Privatunternehmen in gesellschaftliches Eigentum an ein Sondergesetz zu binden, das im Parlament gebilligt werden mußte. Mit der Einbeziehung von General Prats, eines verfassungstreuen Militärs, ins Kabinett wollte Allende ebenfalls der Christdemokratie entgegenkommen - eine Initiative, die am Veto der SP scheiterte. Der von Allende begonnene Dialog mit der PDC scheiterte schließlich am Widerstand des von Frei geführten Sektors dieser Partei, unter dem Druck der Christdemokratischen Internationale und der USA - im Grunde eine Vorentscheidung über das Schicksal des UP-Projekts. Die politische Polarisierung verschärfte sich aufs äußerste und die Christdemokratie ergab sich den Ultrarechten. Der Historiker Corvalán M. wertet diese Linie der Kommunisten als Ausdruck der in der Praxis gewonnenen Grunderkenntnis, daß ein Projekt gesellschaftlicher Veränderungen nur Mehrheiten gewinnen konnte, wenn es mit „den fundamentalen Legitimationen der chilenischen politischen Kultur, die um die Begriffe Demokratie und Freiheit kreisten“, im Einklang stand. Er sieht darin keineswegs ein taktisches Element, sondern eine grundlegende Überzeugung. Diese Schlußfolgerung, die Elemente eines „zweiten Weges“ enthielt, der akzeptabel sein konnte für die fortschrittlichen Sektoren des Zentrums, Kreise, die wir heute als Mitte-Links bezeichnen würden, habe die Partei jedoch theoretisch nie zu formulieren gewagt, da sie im Widerspruch zu der orthodoxen marxistisch-leninistischen Lehre sowjetischer Herkunft stand, zu der sich auch die KP Chiles bekannte. Es hätte auch ihr Verhältnis zum realen Sozialismus, zur Sowjetunion und zur internationalen kommunistischen Bewegung kompliziert. Der Historiker beruft sich hierfür auf Äußerungen des KP-Generalsekretärs in einem Interview im Jahre 1972: „Ich denke,

daß es bestimmte Risiken gibt, wenn man anstrebt, diese Erfahrung theoretisch zu verarbeiten, zu theoretischen Formulierungen auf der Grundlage dieser Erfahrung zu kommen ...; für mich ist es das wichtigste, diesen Prozeß voranzutreiben, und ich glaube, daß für die theoretische Verarbeitung mit weniger Risiken noch Zeit bleibt." Doch die Zurückhaltung auf diesem Gebiet und die unkritische Haltung zur UdSSR und zum realen Sozialismus, so schätzt Corvalán M. ein, kostete die KP trotz ihrer verlässlichen demokratischen Praxis Vertrauen und machte sie in den Augen des Zentrums verdächtig. Diese heterodoxe Strategie, die über Jahrzehnte entwickelt worden war, scheiterte mit dem Staatsstreich von 11. September und führte in der Partei zu einer rigorosen Selbstkritik, mit der sie ihre politische Praxis wieder in Übereinstimmung mit der orthodoxen Theorie brachte. Das wurde Ende der 70er Jahre deutlich, als sich die KP von Allendes „chilenischem Weg zum Sozialismus“ zu distanzieren begann, von Thesen, die im Programm der UP enthalten gewesen waren und die die KP gegenüber der radikalen Linken verteidigt hatte: Sie gab die Auffassung von der Unteilbarkeit der Freiheit auf (keine Freiheit für die Feinde der Revolution), sie zog explizit die Schlußfolgerung, daß der Übergang zum Sozialismus nicht möglich sei ohne Diktatur des Proletariats, und sie relativierte ihr Bekenntnis zur Formierung von Mehrheiten mit den Formulierungen auf dem Augustplenium 1977, daß „Mehrheit“ als aktive Mehrheit zu verstehen sei und daß ein günstiges Kräfteverhältnis zeitweise die „Mehrheit“ ersetzen könne (dieses günstige Kräfteverhältnis umfasse auch „die Kampfmoral, das Niveau der Organisation, die Mobilisierungsfähigkeit, die Homogenität des Denkens der Koalition und selbstverständlich in relevantem Maße die militärische Komponente“). Diese mit dem Augustplenium 1977 einsetzende radikale Wende wurde durch Faktoren bestärkt wie die Weigerung der Christdemokratischen Partei, mit der KP für die Wiederherstellung der Demokratie zusammenzuarbeiten, und die Institutionalisierung der Diktatur, aber auch durch Ereignisse wie den Sieg der Sandinistischen Revolution in Nikaragua auf bewaffnetem Wege. (Nicht außer acht gelassen werden darf hierzu m. E. die nach der Niederlage der Unidad Popular einsetzende Diskussion in der internationalen kommunistischen Bewegung, in der „arithmetische Mehrheit“ und „aktive Mehrheit“ einander gegenübergestellt wurden, und in den sozialistischen Ländern, in denen die „Abweichungen“ der KPCh diskutiert und kritisiert wurden.)

Diese Entwicklung führte die KPCh 1980 zur Proklamierung der Politik der Volksrebellion, deren Höhepunkt der nationale Aufstand sein sollte. Der historisch gewachsenen Auffassung von der Veränderung der politischen Machtverhältnisse in einem langen Prozeß wurde der revolutionäre Bruch entgegengestellt. Corvalán M. sieht dafür Ausgangspunkte in „1. dem Bestreben, das Problem der Macht vollständig zu lösen, 2. im Verständnis der Politik als Verhältnis der politisch-militärischen Kräfte, 3. in einer Konzeption der Bündnisse, nach der diese nicht Ergebnis formaler Abkommen, sondern Resultat realer Situationen sind, in denen

die Verbündeten angesichts eines faktisch entstandenen politisch-militärischen Kräfteverhältnisses sich in den Kampf einreihen müssen, um nicht unter die Räder zu kommen, wenn man es so ausdrücken darf”.

Mit der Entwicklung einer aktiven Militärpolitik, die zur Schaffung der Patriotischen Front „Manuel Rodríguez” führte und nach dem gescheiterten Attentat auf Pinochet (1986) zusammenbrach, wurde die Wendung der Linie der KPCh vollendet, die ihre politische Praxis mit der orthodoxen Theorie in Übereinstimmung brachte, und „wurde die umgekehrte Alternative zunichte, die von Salvador Allende intuitiv verfolgt worden war, das heißt die Option einer innovativen Theorie, die von der historischen Praxis der chilenischen Volksbewegung und der Kommunistischen Partei selbst ausging”.

Der Historiker sieht in dieser Entwicklung einen der Faktoren für die Krise der KP, die in den 80er Jahren deutlich wurde, und für die Tendenzen ihrer Isolierung, die sich seitdem abzeichnen.

Die hier referierten Ausführungen trafen auf dem Seminar auf entschiedenen Widerspruch, insbesondere durch Oscar Azócar vom ICAL, der sich mit der jüngsten Periode der Geschichte der KP Chiles beschäftigte³. Beachtung verdient sein Hinweis auf die grundlegend veränderten Bedingungen seit den 80er Jahren: erstens die Zerstörung der demokratischen Institutionen Chiles durch die Diktatur und die Schaffung eines antidemokratischen Systems, das in wichtigen Grundzügen bis heute andauert, und zweitens die Entwicklung einer neuen Phase der kapitalistischen Entwicklung, die durch den transnationalen Kapitalismus und die neoliberale Globalisierung gekennzeichnet ist, wobei gerade Chile unter Nutzung des Staatsterrorismus zum Experimentierfeld eines ins Extreme getriebenen Neoliberalismus wurde. Azócar hob besonders die weltweit erkennbare repressive, autoritäre Seite des neoliberalen Staates hervor, der sich von dem bürgerlich-demokratischen Staat der Vergangenheit abhebt durch seine Tendenz zur Beseitigung der bürgerlichen Freiheiten auf allen Ebenen. Ein wichtiges Element dabei ist die totalitäre Kontrolle über die Massenmedien. Diese Veränderungen mußten notwendigerweise in der Politik der KP Chiles berücksichtigt werden. Azócar sah leider in den Darlegungen von Corvalán vor allem einen Angriff auf den revolutionären Charakter der Partei, den Vorwurf des Reformismus, gegen den sich C. verwahrte. Die Unidad Popular sei ihrem Wesen nach bereits ein Bruch mit der bestehenden Institutionalität gewesen. Die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, die Enttäuschung über die sogenannte „Revolution in Freiheit”, die die Regierung Frei, Vorgänger der UP, propagiert hatte, habe auch Kreise der Christdemokratie, der Streitkräfte erfaßt (was eigentlich die Sichtweise von Corvalán M. bestätigt). Es habe nicht an sozialer Unterstützung für die Unidad Popular gefehlt, und gerade deshalb kam es zum Putsch. Azócar sah die Unzulänglichkeiten der Unidad Popular vor allem beim Problem der Macht als Grundfrage der Revolution

³ Oscar Azócar: *La política del PC. desde la Rebelión Popular a la actualidad*, a.a.O., S. 261-275.

und wesentliche Ursache der Niederlage. Die revolutionären Umgestaltungen, die sie vornahm, riefen die Verschwörung ihrer inneren und äußeren Gegner hervor. Die Machtfrage wurde, obgleich das Konzept der Volksmacht im Programm der Unidad Popular enthalten war, nicht geklärt. Ergebnis der selbstkritischen Bilanz der KP, die unter den schwierigen Bedingungen des Widerstandes und der Reorganisation der eigenen Reihen entwickelt werden mußte, war deshalb die Orientierung, den Kampf gegen die Diktatur mit der Klärung der Machtfrage zu verbinden, eben durch die Politik der Volksrebellion. Im Ergebnis der Beseitigung der Diktatur sollte eine Volksmacht entstehen. Azócar machte deutlich, daß diese Neuorientierung nicht ohne Auseinandersetzungen in der Partei und ihrer Führung vollzogen wurde (es kam unter anderem zum Ausschluß eines großen Teils der Führer des Kommunistischen Jugendverbandes). Für den Übergang auf die neue Linie ist zu berücksichtigen, daß sich bereits gegen Mitte der 80er Jahre Bestrebungen einiger Kreise der Diktaturgegner, späterer Träger der Regierungskoalition der Concertación, abzeichneten, den Ausweg durch einen Pakt mit der Diktatur zu suchen, wobei sowohl ein starker Druck von außen als auch die Furcht vor der demokratischen Massenbewegung wirkten.

Auf internationaler Ebene war die Wende von den 80er zu den 90er Jahren bekanntlich die Zeit des Niedergangsprozesses und des Zusammenbruchs der sozialistischen Länder Osteuropas und der Sowjetunion, die Zeit der kritischen und selbstkritischen Debatten, des Abschwörens und der Konzeptionslosigkeit in den linken Parteien und Bewegungen, Bedingungen, die die Positionierung der Kommunistischen Partei Chiles zusätzlich erschwerten. Die Desertion, wie Azócar sagt, der Kräfte der bürgerlichen Opposition, denen sich die Sozialistische Partei anschloß, aus dem Kampf des Volkes gegen die Diktatur vollzog sich zwar nicht von heute auf morgen, es blieben noch längere Zeit Gemeinsamkeiten erhalten, aber ihr Ergebnis, der Pakt mit der Militärregierung, durch den die antidemokratische Pinochet-Verfassung von 1980 beim Abtritt der Diktatur in Kraft blieb, mußte mit einer klaren Opposition zum System beantwortet werden, um so mehr, als sich in den Regierungen der Concertación in den 90er Jahren die Hegemonie der Vertreter neoliberaler Politik durchsetzte. Die Kommunistische Partei kämpft heute für die Demokratische Revolution, durch die grundlegende demokratische politische Umgestaltungen durchgesetzt werden sollen.